

Hintergrund



Deutsche Autohersteller wie Volkswagen haben zunehmend Probleme mit dem Absatz ihrer Produkte.

JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

„Für die Bevölkerung ist das ein Supergau“

Der Ökonom Hans-Werner Sinn, Ex-Chef des Ifo-Instituts, über die Deindustrialisierung Deutschlands und die Fehler der Ampel

Es gal ob bei VW, Ford, Continental, Bosch, Thyssenkrupp oder BASF: Kaum ein Tag im Jahr 2024 vergeht ohne eine neue Meldung über Gewinnverluste, Umsatzeinbrüche, massiven Stellenabbau, Werkschließungen oder sogar Insolvenzen. Die deutsche Wirtschaft ist in eine schwere Krise gestürzt. Die Liste der Unternehmen, die deswegen in schwere Fahrwasser geraten, wird länger und länger. Dabei dürfte die von den angeschlagenen Firmen angeführten Probleme des Wirtschaftsstandorts Deutschland mittlerweile jeder im Land auswendig können: zu viel Bürokratie, hohe Energiepreise, Fachkräftemangel, Personalkosten, schlechte Infrastruktur, fehlende Digitalisierung oder auch vergleichsweise hohe Steuern.

Die Suche nach einem Weg aus der Krise wirft ebenso viele Fragen auf wie die nach den Ursachen. Ist Deutschland mittlerweile von anderen Ländern abgehängt? Ist – wie von vielen Kritikern oft zu hören – allein die gescheiterte Ampelregierung für den Zustand des Landes verantwortlich? Welche Fehler wurden in den letzten Jahren begangen? Der Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Leiter des Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn gibt im Interview mit der Berliner Zeitung einen Erklärungsversuch.

Herr Sinn, Deutschlands Wirtschaft durchlebt momentan eine äußerst schwere Zeit. Zahlreiche Unternehmen schließen Werke, bauen umfangreich Stellen ab. Jüngstes Beispiel ist Thyssenkrupp. Überraschen solche Meldungen Sie noch?

Nein, denn ich habe seit einigen Jahren vor der Deindustrialisierung gewarnt. Viele Industriesektoren sind seit sieben Jahren im Rückschritt.

Sie sagten kürzlich, Deutschland stehe an einem historischen Wendepunkt seiner Entwicklung. Wie ernst ist die Lage für unser Land?

Die Deindustrialisierung wurde bislang vor allem durch die Klima- und Energiepolitik der EU hervorgerufen, die auf dem Wege von EU-Verbrennungsverboten für fossile Brennstoffe und hohen Energiepreisen zu einer Drosselung der Wirtschaft führte. Und nun kommt noch Trump. Als die EU der deutschen Autoindustrie mitteilte, sie könnten ihre Verbrennungsmotoren bald nicht mehr in Europa verkaufen, blieb noch das Schlupfloch, diese Motoren anderswo, zum Beispiel in den USA, zu verkaufen. Aber das will Trump jetzt mit neuen Zöllen verhindern, während er zugleich ein ganz anderes Schlupfloch öffnet: Die deutschen Hersteller sollen nicht die Autos, sondern ihre Autofabriken in die USA exportieren. Die Vorstände der Autofirmen mögen bei dem Thema sehr gelassen bleiben. Doch für die Bevölkerung ist das der Supergau.

Was bedeutet diese Wirtschaftskrise perspektivisch für den einzelnen deutschen Bürger?

Sie bedeutet perspektivisch eine Verminderung unseres Wohlstands. Davor bliebe keiner verschont. Die Autoindustrie ist das Herzstück unserer Wirtschaft. Wir haben die Verbrennungsmotoren im 19. Jahrhundert erfunden und produzieren heute hocheffiziente Motoren, die uns keiner nachmachen kann – nicht einmal die Koreaner oder die Japaner. Sie sind quasi ein Alleinstellungsmerkmal der deutschen Autoindustrie geworden. Der Doppelgriff von EU und Trump droht nun aber, die Hersteller aus Deutschland herauszuquetschen.

Dennoch gibt es Stimmen aus der Politik, die sagen, dass die Situation dramatisiert würde. Auch Kanzler Scholz wird nicht müde zu betonen,

was für ein Wunder es sei, dass Deutschland die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt ist. Er betonte kürzlich in einer Fragerunde bei Instagram, dass sich die Bürger in Deutschland keine Sorgen machen müssten. Redet er das Problem klein?

Ja, ganz offensichtlich. Seit 2018 sind die Industrieproduktion um 15 Prozent und der Automobilbau um 18 Prozent zurückgegangen. Diese Zahlen sprechen für sich.

Ob Bürokratie, Energiepreise, Fachkräftemangel, mangelnde Digitalisierung oder zu hohe Steuern: Die Liste der beklagten Probleme von Unternehmen ist so lang wie bekannt. Was aber ist das entscheidendste Problem unseres Wirtschaftsstandorts?

Das elementarste Problem ist der Extremismus in der Klimapolitik. Denken Sie nur mal an das Energieeffizienzgesetz vom letzten Jahr. In Wahrheit ist es ein Deindustrialisierungsgesetz, denn von 2008 bis 2045 muss der Energieverbrauch insgesamt in Deutschland um 45 Prozent schrumpfen – selbst dann, wenn er bis dahin vollkommen grün geworden sein sollte.

Wann hat dieser wirtschaftliche Abschwung Deutschlands begonnen? Gibt es einen bestimmten Zeitpunkt?

Ja, 2018. Da kam der Trendbruch durch die massive Verschärfung der CO₂-Verordnung für den Flottenausstoß eines Fahrzeugherstellers. Hinzu trat der allmähliche Ausbau der Wind- und Solarenergie. Der hat die Stromkosten nicht gesenkt, wie viele meinten, sondern erhöht, denn wegen der Unstetigkeit des Wetters kann zwar der grüne Strom den schwarzen Strom temporär ersetzen, doch machen die grünen Anlagen die traditionellen Anlagen als solche nicht entbehrlich. Die müssen dauerhaft in Wartestellung bleiben und einspringen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Allein funktioniert der Flatterstrom nun mal nicht. Es entstehen also

doppelte Fixkosten. Kein Wunder, dass Deutschland so ziemlich die höchsten Stromkosten auf der Welt hat. Dass auch Putin zum Schluss noch zur Krise beitrug sollte man auch nicht vergessen.

Welche Verantwortung tragen die deutschen Unternehmen für die Krise?

Die Frage ist irrelevant für die Wirtschaftspolitik, weil die Antwort keine politikrelevanten Konsequenzen hätte. Wollen Sie etwa bessere Manager verordnen? Relevant ist

sen. Unsere letzten beiden Kanzler waren im Ökonomischen eher taktisch als strategisch orientiert. Die mediale Macht der grünen Bewegung hatte sie in Angst und Schrecken versetzt. Angela Merkel sprach von der asymmetrischen Demobilisierung, also dem Versuch, den Grünen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Und Olaf Scholz hat noch im letzten Jahr behauptet, wir würden aufgrund der grünen Energie Wachstumsraten wie zur Zeit des Wirtschaftswunders bekommen. Davon kann ja wirklich nicht die

Energieformen empirisch nicht belegen. Mit der Atomenergie kommt wirklich Leistung aus den Meilern. Ich halte es für unverantwortlich, dass man mitten im Krieg, den Russland angezettelt hat, sowohl die Kohlekraftwerke als auch die restlichen Atomkraftwerke abgestellt hat. Kein Land außer Deutschland steigt aus der Atomkraft aus.

Sie sagen, dass das Verbrennerverbot und die CO₂-Beschränkungen zurückgenommen werden müssen. Andererseits sagen auch Sie, dass Klimaschutz und eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes notwendig sind. Wie können wirtschaftlicher Erfolg und Klimaschutz Hand in Hand gehen?

Das kann nur gehen, indem man es global macht. Unilateral funktioniert es nicht, also wenn man es allein macht, so wie Europa. Die EU ist für acht Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Da könnte man natürlich sagen: Wenn man diese acht Prozent beseitigt, ist ja schon was geschafft. Aber: Wenn Europa sich beispielsweise beim Öl Verbrennerverbot verhängt, ob für Autos oder Ölheizungen, verbietet es ja nur die Öl-Nachfrage auf den Weltmärkten und senkt dadurch allenfalls die Weltmarktpreise. Das regt andere Länder an, uns Europäer zu unterlaufen und das frei werdende Öl zu kaufen. Die Einschränkung der Nachfrage nach Öl führt indes nicht dazu, dass mehr Öl in der Erde bleibt. In den letzten 40 Jahren hat man ja gesehen, wie der Ölmarkt funktioniert. Die Preise gingen rauf und runter. Und was passierte mit der weltweiten Ölproduktion? Nichts! Sie stieg ungeachtet der Preisausschläge kontinuierlich an, und was aus der Erde herauskam, wurde auch verbrannt. Wenn eine Region weniger kaufte, fielen die Preise und die Tanker fuhren dann zu anderen Kunden. Nur die Corona-Pandemie war eine Ausnahme. Als überall die Räder der Industrie stillstanden, blieb den Ölproduzenten nichts anderes übrig, als weniger zu fördern, weil die

Preise sonst unter die Extraktionskosten gefallen wären. Erst da ging der CO₂-Ausstoß zurück. Also: Unilaterale Maßnahmen wie das europäische Verbrennerverbot ruinieren unsere Industrien, haben aber keinen Einfluss auf den Klimawandel. Ein Klimaklub, bei dem alle mitmachen, würde jedoch funktionieren.

Muss sich Deutschland neu erfinden, falls die laut Ihnen eingetretene Deindustrialisierung nicht aufgehalten werden kann?

Sie kann und muss aufgehalten werden durch den sofortigen Stopp unilateraler Nachfragebeschränkungen bei international handelbaren Brennstoffen. Im Übrigen: Welche Dienstleistungen sollen wir verkaufen? Gut, Sie können die Digitalisierung dazu rechnen, da müssen wir in der Tat sehr viel stärker werden. Wir könnten auch versuchen, auf den Zug der Quantencomputer aufzusteigen – da sind wir Deutschen gar nicht schlecht. Die neue Pharmaindustrie ist auch ganz toll. In der Grundlagenforschung haben wir vieles zu bieten, da kann man noch einiges herauskitzeln. Aber wir können doch nicht unsere Industrie ersetzen – das ist das deutsche Erfolgsmodell. Mit diesem Modell sind wir 150 Jahre lang gefahren, mit immer wieder neuen Produkten. Deswegen halte ich es für verwerfen, das zu probieren.

China subventioniert aufstrebende Unternehmen wie BYD mit rund zwei Milliarden Euro. Die USA locken mit ihrem Inflation Reduction Act (IRA), der große steuerliche Anreize für Unternehmen bietet. Wie kann Deutschland dagegenhalten und was kann es von anderen Ländern lernen?

Der Hang zum Protektionismus, der von Amerika ausgeht und jetzt auch von der EU verstärkt wird, ist ungut. Ich glaube, wir müssen die Verbotsorgien der EU sofort beenden. Unsere Autofirmen sollen hier bleiben und das produzieren, was sie können. Und wir müssen uns Kunden auf der ganzen Welt suchen. Zum Beispiel auch in Südamerika. Das Mercosur-Abkommen muss jetzt endlich beschlossen werden. Es ist ja auch schon ausgehandelt. Die Franzosen halten aus Angst vor den Agrarimporten dagegen, aber das kann sich Europa nicht leisten. Wir müssen uns auch Trump widersetzen, wenn er uns zwingen will, mit China zu brechen.

In einem Gastbeitrag in der FAZ bezeichneten Sie die deutsche Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre als utopisch. Was war ihr erster Gedanke, nachdem die Ampel ihr Aus bekanntgegeben hat?

Utopisch war die Klimapolitik. Neben den genannten Eingriffen stammen die quantitativen Vorgaben für die Reduktion des CO₂-Ausstoßes auf null in nur 20 Jahren aus einer anderen Welt, zumal die Atomkraftwerke ja nicht mehr verfügbar sind. Ohne dass man alles kaputt macht, ist das nicht einmal annähernd zu schaffen.

Was muss die nächste Bundesregierung tun, um die deutsche Wirtschaft wieder zu stärken?

Sie muss eine Kehrtwende machen. Stellen Sie es sich so vor: Die Deutschen sind gerade auf einer Wandertour und sehen auf einem Hügel eine wundervolle Burg, zu der sie hinwollen. Der eingeschlagene Weg wird aber immer steiler und führt erkennbar anderswohin. Unser Gruppenleiter will seinen Fehler nicht eingestehen und fordert, dass wir durchhalten. Aber irgendwann müssen wir doch erkennen, dass das der falsche Weg war, zur letzten Gabelung zurückgehen und einen anderen Weg probieren.

Interview: Flynn Jacobs

ZUR PERSON



Hans-Werner Sinn, geboren 1948, ist emeritierter Präsident des Ifo-Instituts und Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er gründete und leitete das internationale CESifo-Forschernetzwerk und das Forschungsinstitut CES. Er war Vorsitzender des Weltverbandes der Finanzwissenschaftler (IIPF) und des Vereins der deutschsprachigen Ökonomen (VfS). In den vergangenen Jahren beschäftigte sich Sinn vor allem mit der Eurokrise, mit dem Brexit, mit Demografie und Migration sowie mit grüner Energie.

indes die Feststellung, dass die Firmen von einem Übermaß staatlicher Bürokratie gefesselt werden und dass der Kapitalmarkt Defizite hat, die das Ansammeln großer Kapitalmengen und eine wirksame Unterstützung von Start-ups verhindern.

Bei einer Veranstaltung des Wirtschaftsbeirats Bayern im Mai, bei der Sie auch eine Rede hielten, holte Börsenchef Theodor Weimer zu einem denkwürdigen Rundumschlag gegen die Wirtschaftspolitik aus und sagte, Deutschland befinde sich auf dem Weg zum Entwicklungsland. Teilen Sie diese drastische Einschätzung?

Der Weckruf war wichtig und kam zur richtigen Zeit. Unsere Industrie wird zerbröseln wie einst die englische, wenn wir nicht aufpas-